

Neuesburger Korrespondent

Ersteinstufige Ausgabe nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Bezugspreis monatlich 10,00 RM einschließlich Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 11,50 RM einschließlich Post- und Zustellungsgebühr.
Eingangsnummer 50 75.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtspaltenigen Millimeterraum 60 Pf. im Rahmen 3,00 RM, für Überspannungen u. Nachdrucke von 20 Pf. pro Zeile. Tages- und Wochenpreise sind nach Vereinbarung. Einmalige Anzeigen 10 Pf. Sonntag. Geschäftsstelle: Leipzig, Postfach 39070.
Fernruf: Redaktion 321, Geschäftsstelle 160.
Eigenschaft des Verlags: Deutscher Verlag für die Provinz Sachsen, Leipzig.

„Amtsblatt der Stadt Merseburg“ und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“

Ar. 10 Donnerstag den 16. Februar 1922 48. Jahrg.

Nach der Entscheidung.

Die Mehrheit mit einem Übergewicht von 33 Stimmen, die sich in der gestrigen Reichstags-Sitzung für das Vertrauensvotum ausgesprochen, genügt, um der jetzigen Reichsregierung die Weiterführung der Geschäfte zu ermöglichen. Diese Mehrheit mag getreu eine Überzeugung gewesen sein — eine gute Mehrheit ist sie natürlich nicht. Wenn die Presseberichte in den getriggen Abendmeldungen die Zahl von 200 Na-Stimmen verbreiteten, so ist diese Zahl das Ergebnis der ersten, leider fehlerhaften Zählung gewesen. Gegen Ende der Reichstags-Sitzung hatte Präsident Brüning mitgeteilt, daß nur 200 Na-Stimmen vorlägen. Da wir 400 Abgeordnete hätten, bleibt die Summe noch beträchtlich hinter der „Mehrheit“ des Landes zurück. Aber nicht erst diese Abweichung hat uns ja die ungeliebte unparteiliche Rede und den Mangel an Einheitsstimmen entbehrt. Wir können sie klagt und müssen für den Augenblick zugeben sein, daß Deutschland konferenzfähig ist. Da wir ja zum einmal nicht der Fiktion verfallen sind, als könnte unter der jetzigen weitestgehenden Verhältnisse jemand die Politik des Reiches leiten, der nicht mit den tatsächlichen, für uns so überaus schwierigen Möglichkeiten rechnet. Die Gefahr einer wochenlangen Kabinetskrise, wie sie bei der Nennung der Sozialdemokraten wie der Volkspartei zu befürchten gewesen wäre im Falle des Kanzlerfalles, ist für die allermeisten Zeit verflüchtigt abgemittelt.

Der Reichstag, der nach der Entscheidung gestern im Sitzungssaal und auf den Tribünen erfolgte, ist nur die Befriedigung einer inneren Spannung gewesen. Das Vertrauensvotum ist ein Akt der Anerkennung auch ein Beweis anderer innerpolitischen Unzufriedenheit. Vor der Hand ist daran auch durch Remonstrationen nichts zu ändern. Was oben ist mit dem gestrigen Resultat die Regierungspolitik freilich nicht. Die Steuererhöhungen liegen vor uns. Und die Frage der großen Koalition, um die man gerade um das Stimmverhältnis des Landes halber nicht verurteilen, ist nicht gelöst, sondern nur angehängt und durch die Festlegung der Deutschen Volkspartei im Falle der persönlichen Mitbestimmung gegen Dr. Brüning erheblich kompliziert.

Man erkennt das Äußere in den Reden der Volkspartei sehr mit aller Deutlichkeit. Es muß gebrüderliche Beachtung finden, daß ein so einflussreicher und bei seinen Parteifreunden so überaus angelegener Mann wie der frühere Reichsjustizminister Heine sich nicht an der Abstimmung beteiligte. Da seine Persönlichkeit weit über den parlamentarischen Durchschnitt hinausragt, kann man schon deshalb nicht von einer „Geschlossenheit“ der Volkspartei sprechen. Wichtig ist auch die Stellungnahme bedeutender Blätter, die der Regierung Heine offenbar recht nahe stehen. So meint die „Köln. Ztg.“: „Wir stehen vor der Schwierigkeit von Genua.“ „Die Dinge liegen so, und darüber sollte man sich im Parlament keinen Rechenschaft machen, daß die Situation, die im Reichstag entstanden ist, weil man die Zeit und die Gelegenheit für geringe Zeit, allererst parteipolitische Differenzen zum Ausdruck zu bringen, das deutsche Volk und das deutsche Reichstag in seiner Weise würdig ist.“ Das ist ein Vorwurf, der zwei Parteien trifft, die beide, daß, falls man, falls er nicht in die große Koalition hineinwölft. Und nicht minder wichtig scheint uns die Stimme der „Magdeburger Zeitung“ zu sein, die gestern zur „Stunde der Entscheidung“, an jenen Freitag der „D. A. Ztg.“ enthielt, schrieb: „Einen Hund ins „Hohere“ gibt sich die „D. A. Ztg.“, die auf jeden Punkt der Landkarte deutet, wo Genua liegt und sich jenseits erinnernd fragt: Sollen wir nicht...?“

„Ja, wir sollten.“ Die Parteien, auf die es ankommt — von der sozialdemokratischen bis zur Partei Stresemann — schenken sich darüber für den Moment nicht, sich nicht in irgend einer Stunde auf das, was uns nicht, zu einigen, als den Dingen den bekannten unparteilichen Lauf zu lassen.

Der Deutschen Volkspartei brachte der Sturz Dr. Brüning nichts gewisses — den bisherigen Koalitionsvertrag kann auch nichts daran liegen, die Regierung an Kränzen zu halten. Also: vereinigt Euch! — Und bei dieser Forderung bleibt es: vereinigt Euch! — Wie haben nun die anderen Parteien gestimmt? Die Dapperliche Volkspartei zeigte das unentschiedene Bild: Stimmhaltung, wobei noch die Stimmen für Brüning abblitzerten. Bei den Unabhängigen kam wieder ihre eigene Unklarheit ins Licht. Zwar nicht in den getriggen Abend-Sitzungen und Stimmzählung, bei denen häufig das Wort „Reaktion“ auf den Tisch kam. Diese Reaktion war durchsichtige Agitation. Aber bei der Abstimmung zeigte es sich. Die Unabhängigen zeigten 60 Stimm. Hiergegen nahmen an der Abstimmung nicht teil, zwölf Stimm von der Reaktion überwart. Nur 24 Stimm gegen den Vertrauensvotum. Durch diese schwache Haltung der U.S.P. verlor das Vertrauensvotum allerdings noch an Wert. Es ist und bleibt ein Notenschein. Gut, daß er sich fand. Auf die Dauer genügt er nicht. Eine dauerhafte deutsche Politik ist nur möglich auf der breiten Basis der gemäßigten Parteien. In der nötigen Weisung gehört allerdings, daß man sich der sogenannten „Lücke“ für die arbeitsfähigen Mandatarien gibt es kein besseres Wort, der überflüssigen Parteitätigkeit enthalten lernen.

Das Stimmverhältnis.

Für das Vertrauensvotum
Stimmen: 107 Mehrheitssozialisten, 38 Demokraten, 63 Zentrum (einschließlich 4 Welfen), 3 Dapperliche Volkspartei (mit Sozialist. Dromann), 3 Dapperlicher Bauernbund, 1 Welfe.

Gegen das Vertrauensvotum
Stimmen: 69 Dapperliche Sozialisten, 24 Dapperliche Volkspartei, 34 Unabhängige Sozialdemokraten, 23 Bauernbündler.

Der Stimme enthielt sich:
16 Abgeordnete der Dapperlichen Volkspartei.

Widerhall des Reichstagsbeschlusses in Frankreich und England.

Paris, 16. Febr. (Frankfurter Zeitung). Das Ergebnis der gestrigen Reichstags-Sitzung wurde in französischen politischen Kreisen mit großer Spannung erwartet und beiderseitig dann allgemein. Nur die nationalistischen Blätter bemühen sich, das Ergebnis als höchstbedauerliches Misstrauen darzustellen, um das Mißtrauen gegen Deutschland immer neu zu erwecken.

Berlin, 16. Febr. (Frankfurter Zeitung). Dem Berliner Vertreter der „Times“ wird mitgeteilt: In englischen Regierungskreisen ist man über das Ergebnis der Abstimmung im Reichstag erfreut. Es wird als ein Beweis angesehen, daß die Regierungspolitik die Vertrauen des Landes gehabt habe. Gleichzeitig ist das Ergebnis ein Vertrauensvotum für den neuen Minister des Reichs Dr. Brüning gewesen und sei auch in dieser Hinsicht zu begrüßen.

Vorbereitungen für Genua.

Paris, 16. Febr. (Frankfurter Zeitung). Der interministerielle französische Ausschuss, der mit der Vorbereitung der auf den Programm der Konferenz von Genua stehenden technischen Fragen beauftragt ist, hielt gestern seine erste Sitzung am Quai d'Orsay unter dem Vorsitz von Fernand, ab. Der Ausschuss regelte seine Sitzungen und schritt dann zur Arbeit über die zwischen den drei Interministerien zu bearbeitenden Fragen. Diese drei Interministerien werden mit der Prüfung der Finanzprobleme, der wirtschaftlichen Beziehungen und der Transportfragen beauftragt werden. Sie sich auf die auf die bestehenden Fragen werden getrennt behandelt.

Nach ein Finanzplan: Internationales Geld.

Paris, 16. Febr. (Frankfurter Zeitung). Ein vom Abgeordneten Antriet „inabreicher Resolutionen“ fordert die Regierung auf, sowohl bei allen Verhandlungen, die den Beziehungen der anderen Länder einen Finanzplan vorzulegen, als auch die Verhandlungen der Interministerien an Deutschland an den Völkern zu übertragen. Ferner soll durch den Völkern ein internationales Finanzinstitut geschaffen werden, das beauftragt ist, die deutsche Schuld an dem internationalen Geld in London zu setzen und die Verzinsung dieses Geldes an die internationalen Staaten nach Maßgabe ihrer Rechte zu sichern, sowie die Amortisation des Geldes durch eine Abgabe auf die jährliche deutsche Ausgabe zu betreiben.

Die gestrige Reichstags-Sitzung.

Für den ersten Teil der gestrigen Verhandlungen bestand begrifflicherweise im Reichstag nur geringes Interesse, denn in den Reichstags-Sitzungen wurde über das Schicksal des Reiches entschieden und schon dadurch war der Reich im Moment fast beendigt. Das war insofern zu bedauern als eine sehr eingehende und aufschlußreiche

Rede des demokratischen Abg. Vahr zum Reichstagsmehrwort nicht das wichtigste Wort im Saale fand. Man muß deshalb darauf achten, daß man diesen im Saale den Reich über nicht mit der entsprechenden Aufmerksamkeit findet. Vahr ging mit Recht von der Annahme aus, daß es überflüssig sei, über die Schuld an den heutigen Zuständen zu streiten. Das Wohlstandsgesetz sei da, aber ein Übergewicht zwischen Arbeit und Kapital sei durch noch so viele Neben im Parlament nicht herbeizuführen. Der Entwurf hat keine Mängel, das betrifft selbstverständlich auch die Vahr nicht, aber er wird auch darauf hin, daß bei einem Scheitern des Gesetzes die herrschenden Verhältnisse nur noch verschärft werden. Auch Arbeiter, Mieter und Rentner, sollten sich daher damit abfinden, daß sie Opfer zu bringen haben. Vahr beantragte deshalb, das Problem noch einmal zu prüfen, damit eine Verhandlung auf mittlerer Ebene erzielt werden könne. Nach weiteren Reden des demokratischen Volkspartei-Vorsitzenden und Regierungsmittels wurde die Abstimmung abgelehnt, weil der Zeitpunkt mit großer Spannung erwartet

Abstimmung über das Vertrauensvotum

gekommen war. Das zu Anfang nur schwach besetzte Saal hatte sich inzwischen mehr und mehr gefüllt, und als die Glocke zum Abstimmungs durch das Saal schallte, war im Saal wie auf den Tribünen kein Menschen mehr frei. In der ehemaligen Loge drängten sich die Delegierten.



Sommer wieder: Die Deutschen Werke.

Berlin, 16. Febr. (Frankfurter Zeitung). Der Vorstand des internationalen Wälz- und Konstruktionswerks, General Wolff, hat unter dem 15. Februar eine neue Note über die Deutschen Werke an das Auswärtige Amt geschickt. Es geht allerdings daraus hervor, daß er noch an demselben Standpunkt steht, den er nach dem Scheitern der Deutschen Werke eingenommen hat. An einzelnen Punkten weist dann freilich die Ansicht Wolffs erheblich von der des Reichsministeriums ab und sieht auch teilweise in diesem Widerspruch zu anderen Vereinbarungen.

Die Grabergemünder sind fluchtgezwungen.

Berlin, 16. Febr. (Frankfurter Zeitung). Wie aus Bielefeld gemeldet wird, haben sich tatsächlich in den letzten zwei Tagen dort deutsche Kriminalbeamte im Auftrag der Staatsanwaltschaft Ostfriesland in Bielefeld aufgehalten, um nach dem Verbleib der beiden Grabergemünder Schulz und Hülken zu forschen, da sich die örtliche Polizei in der unangenehmsten Lage befand. Die beiden Gemünder sind in Bielefeld geflohen, und die dortige Polizei ist es ihnen aber gelungen, mit Hilfe von geflüchteten ungarischen Flüchtlingen erneut zu entkommen. Die Nachforschungen werden mit allem Eifer betrieben.

Die Lage in Irland.

London, 16. Febr. (Frankfurter Zeitung). In Belfast sind es gestern erneut zu erbitterten Kämpfen. Eine große Anzahl von Personen wurde verwundet. Ein Zivilist ist getötet worden. Aus Dublin wird gemeldet, daß die Armierung Irlands durch die britischen Truppen gestern wieder begonnen habe.

London, 16. Febr. (Frankfurter Zeitung). Im Unterhaus leitete Churchill mit, daß der gestern eintrafende Michael Collins, der mit ihm eine Unterredung gehabt habe, die Freilassung von fünfzehn gefangenen Ulster-Fliegern vorschlägt. Er hofft, daß weitere Freilassungen im Laufe des Tages erfolgen würden.

Sundermündler in Petersburg.

Paris, 16. Febr. (Frankfurter Zeitung). „Journal des Debats“ führt aus einem Privatbrief, der am 14. Februar hier angekommen ist an: Laut Nachrichten vom 4. Februar, die der Briefschreiber erhielt, brachen erste Kämpfe in Petersburg aus. Die roten Truppen wurden entgegen der Erwartungen der russischen Seite. Managere wurden gefangen. Die Herabsetzung wurde hervorgerufen durch die Siegerang der Lebensmittelpreise.

Die Abfertigung von Frankfurter (Sag). Wer nicht mit Unruhe gelassen ist, muß beachten, daß das ganze Manöver nur den Zweck hat, aus opportunistischen Gründen das Kabinett zu stürzen. Die Abfertigung von Frankfurter (Sag) ist nicht die Absicht der Reichsregierung, sondern nur ein Mittel, um die Verantwortung der Frage des Streites hinauszuwerfen. Das Ergebnis der Abstimmung ist von außerordentlicher Bedeutung und muß nach seiner Meinung zugunsten des Antrages der Regierungsparteien ausfallen. Die Abstimmung wird geschlossen. Präsident Loese hat jedoch auch über den Vertrauensantrag Abstimmungen, die durch dessen eventuelle Annahme die anderen

Es findet eine wichtige Abstimmung statt. Die Reichstags-Sitzung, die am 15. Februar nach dem Vertrauensvotum, bei 16 Stimmverhältnissen (die ursprünglich am 14. Februar 1922 stattfand), wurde, wie Präsident Loese hier vor, Schluß der Sitzung bekannt gab, auf einen Rechenfehler. Die Deutschnationalen und die beiden kommunistischen Gruppen können geschlossen abgehen. Fast geschlossen die Unabhängigen und die Deutsche Volkspartei, aus deren Reihen der Abg. Heine an den Saal vertrieben hat. Die Deutscher Volkspartei hatte vier Na-Stimmen und die 16 Unabhängigen. Verschiedene Unabhängige haben mit Na gestimmt.

Nach der Abstimmung wurde die Beratung des Reichstagsmehrwortes fortgesetzt. Nächste Sitzung: Donnerstag.

Außenpolitische Übersicht.

Die Reparationszahlungen.

Paris, 16. Febr. (Frankfurter Zeitung). Zwischen Frankreich und England ist dem Berechnen nach eine Einigung zustande gekommen, wonach die Reparationssummen bis zur Festlegung der deutschen Zahlungen für 1922 bestimmt sind. Nach getragener Entscheidung hat Frankreich, daß das Abkommen von Wiesbaden ins Leben treten werde, welches ihm gemäß den Bestimmungen von Genua für 315 Millionen Goldmark Naturalleistungen beschaffen soll. Es in diesem Betrage auch die deutschen Kohlenlieferungen imbezogen sein sollen, deren monatlicher Wert sich auf 30 Millionen Goldmark beläuft, über ob diese Naturalleistungen in solchen neben den Lieferungen an dem Abkommen von Wiesbaden parallel einbezogen sollen, ist vorläufig nicht bekannt.

Was wir schon bemerkt haben.

London, 16. Febr. (Frankfurter Zeitung). In Zusammenhang einer Anfrage bezüglich der deutschen Reparationszahlungen an England erklärt der britische Lord im Unterhaus: vom 11. November 1918 bis 31. April 1921 erhielt die englische Regierung 927 Millionen Goldmark in Gold und für 210 Millionen Goldmark in Waren.

Einblick zum Winterfeldt.

Genf, 16. Febr. (Frankfurter Zeitung). In einem gestern erschienenen Bericht über die bisherige Tätigkeit des Völkervertrates äußerte sich der Generaldirektor u. a. zu dem Projekt des Völkervertrates für finanzielle Selbstverwaltung. Er ist nicht ohne die Verantwortung des Völkervertrates für ab, daß dieses Projekt noch nicht zu Ausbrotung gelangt ist.

England und die deutsche Aluminiumindustrie. Berlin, 16. Febr. (Frankfurter Zeitung). Aus London wird gemeldet, wonach die Vereinigung der englischen Aluminiumwerke die letzten Jahre des 1918 auf fünf Jahre erlassenen Verbot der Einfuhr deutscher Stämme beschließen haben.

Das angebliche französisch-russische Abkommen.

Paris, 16. Febr. (Frankfurter Zeitung). Das französisch-russische Abkommen betrifft eine Hauptbestimmung: Einmal soll sich Russland verpflichten, seine im Vertrag von Brest-Litovsk von der letzten Entente ihm zugesetzten Rechte an Wiederbestellungsstellen (Reparationsstellen), was die Erstellung dieser Rechte anlangt, an Frankreich abzutreten, und Frankreich liefert auf Grund dieser Rechte Kupfer an die